Donnerstag, 31. Mai 1923 · 71. Jahrgang Nr. 252

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Chefredakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot..... 950; marken/frei	3000	Wasser cbm..	360
Milch 1 Liter.....	1000	20-Mark-Stück.....	200 000
Zucker Pfund.....	1050—1100	Goldzollaufgeld.....	991 900
Briketts Ztr. 7560; Koks	14085	Schlußzeizahl für Bücher.	3300
Strom: Licht und Kraft..	1050	Index für Aerzte, Berlin..	2000
Gas cbm.....	650	für Aerzte im Reich ...	2764

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen ziemlich ausreichend, Preise wenig verändert.

Schellfisch 1800—2500 M., Kabeljau 2200 bis 2600 M., Dorsch 1500—1900 M., Makreien 2800—3200 M., Heringe 1900—2100 M., in Eis: Hechte 4500—7000 M., Zander 12 000 bis 14 000 M., Schleie 6000—7500 M., Aale 8500 bis 11 000 M., Karpfen 7200—8000 M., Bleie 1000—3600 M., Plötzen 1500—2000 M., lebend: Hechte 11 000—12 000 M., Schleie 11 000 bis 12 500 M. das Pfund, Eier 560—600 M. das Stück, Steinpilze 3800—4200 M. das Pfund.

Strassenbahn	400, Umsteig. 600	Fstk.Ort 20, Fern u. Oest.	40, Ausl. 180, Tschechosl. u. Ungarn 140
Hochb. II. 350, 450, III.	250, 350	Brief Ort 40, Fern u. Oest.	100 Ausl. 300, Tschsl. u. Ung. 240
Stadtbahn..... II. 400, III.	200	Telegr. 80 d. W., Grundgeb.	160 n. Ausland je nach Währung
Omnibus Tell 400, ganze Str.	500		
Droschke: Kr. ✕ 5000, Pf. ✕	3000		
Teleph. 22800, Gespr. 30, Aut.	60		

Englische Interventionsabsichten?

Ein programmatischer Artikel der „Times" — Die ansteckende Gefahr der sozialen Unruhen Klare Wiederholung des deutschen Angebots und Bereitwilligkeit, einem Schiedsgericht alle Aufschlüsse zu geben — Frankreich muß durch die große Enttäuschung hindurch

London, 31. Mai. (W. T. B.)

Die „Times" fordern in einem „Oberste Frage" überschriebenen Leitartikel baldigste Regelung der Reparationsfrage als Ziel der britischen Politik, da keine Zeit zu verlieren sei. Das Reparationsproblem liege fast jedem anderen Problem zugrunde und seine finanziellen und kommerziellen Verwicklungen gingen weit über Europa hinaus. Die fortschreitende Verschlechterung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei jetzt jedem Auge offenkundig. Selbst französische Beobachter geständen eine Besorgnis ein, die sie früher nicht empfunden hätten. Es werde nicht wieder erklärt, daß Deutschlands Geldkrankheit mit seiner wirtschaftlichen Lage nichts zu tun habe.

Die rasche Entwertung der deutschen Währung habe zu politischen und sozialen Unruhen geführt, die möglicherweise von ansteckender Art sein könnten.

Es stehe natürlich außer jedem Zweifel, daß Deutschland seine finanziellen Angelegenheiten während eines langen Zeitraumes schlecht geleitet habe. Der Versuch, die Mark zu stützen, habe angesichts der Lage im Ruhrgebiet nur zeitweilig Erfolg haben können und sei seither aufgegeben worden. Es sei schwer, die Beweggründe der Untersuchung des Reichstagsausschusses zu verstehen, denn was könne sich überhaupt gutes daraus ergeben? Der Ausschuß habe Schritte getan, um die Veröffentlichung grundlegender Informationen zu verhindern, die eine Grundlage zur Schätzung der auswärtigen Hilfsquellen der deutschen Industrie bieten würden.

Die „Times" fahren fort, **die Besetzung des Ruhrgebiets sei endgültig schädlich für die wirtschaftlichen Interessen Englands, weil sie durch die Desorganisierung der deutschen Industrie führe.** „Times" fragen, ob selbst, wenn Deutschland den passiven Widerstand beende, Frankreich die Vorteile davon haben würde, die es durch eine Regelung des Problems, die die Zustimmung der Welt und des Schuldners finde, erhalten würde. Es seien Anzeichen vorhanden — vielleicht augenblicklich nur geringe —, **daß beide Länder bestrebt seien, eine Lage zu beenden, die für die Welt schädlich sei.** Es liege im Interesse der Welt im allgemeinen und Europas im besonderen, **daß die britische Regierung bereit sei, sobald wie möglich einzugreifen, um eine Regelung zu fordern (!).** Man sei sehr dafür, daß die Frage zunächst **zur Entscheidung an ein Weltribunal** verwiesen wird. Deutschland habe durch seine Aktion den Argwohn veranlaßt, daß es seine Verpflichtungen zu umgehen wünsche. **Deutschland könne diesen Argwohn beseitigen, indem es in klaren Worten ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuß von Sachverständigen zu überweisen.** Um die bona fides dieses Angebots zu bestätigen, müsse Deutschland sich verpflichten, einer solchen Kommission alle Informationen über seine finanziellen Angelegenheiten zur Verfügung zu stellen, sowie das Recht zu einer etwa notwendigen Untersuchung der Hilfsquellen der deutschen Industrie, damit die Kommission in der Lage sei, mit einiger Genauigkeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bestimmen; mit anderen Worten, die Kommission müsse in eine Lage versetzt werden, die Kassen Deutschlands zu untersuchen. „Times" glauben nicht, daß in diesen Kassen viel gefunden werden wird, aber wenn eine internationale Untersuchung die Gläubiger Deutschlands überzeugen soll, so müsse sie auf festgestellte Tatsachen gegründet sein. Die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage in den letzten Monaten sei so schnell gewesen, daß ein Moratorium im Wesen, wenn nicht in der Form an Deutschland gewährt werden müssen, damit Deutschland Zeit und Gelegenheit habe, seine Finanzen auszugleichen. Es sei möglich, daß eine Regelung auf der Grundlage erzielt wird, die eine internationale Kommission vielleicht anempfehlen wird, **welche die Erwartungen Frankreichs aber enttäuschen werde. Diese Enttäuschung sei nicht zu umgehen.** Die Alternative dafür sei die Fortsetzung des blinden Abenteuers im Ruhrgebiet, dessen Ende kein Mensch voraussehen könne. **Man müsse den Gedanken an Garantien und produktive Pfänder aufgeben.** Die Ueberwachung der Verpflichtungen Deutschlands scheine die beste Garantie zu bieten, auf die die Gläubiger Deutschlands kommen könnten.

* * *

Dieser Artikel der „Times" wird von größter Bedeutung dann sein, wenn hinter ihm maßgebende Kreise des neuen englischen Kabinetts stehen. Früher galten die „Times" in außenpolitischen Fragen stets als offiziös. In der liberalen Aera und auch zur Zeit des Koalitionskabinetts Lloyd Georges waren es mehr die „Westminster Gazette", die „Daily Chronicle" oder auch der „Daily Telegraph", die die Ansichten des Foreign office widerspiegelten. Inzwischen ist die konservative Aera eingetreten, und schon diese Tatsache verleiht den konservativ gerichteten „Times" eine erhöhte Bedeutung. Zum mindesten darf der Artikel der „Times" als Spiegelbild der Anschauungen weiter britischer Kreise gelten. Schon die nächste Zeit muß erweisen, ob diese Kreise mit denen des Kabinetts Baldwin identisch sind. Aus dem Artikel springt zunächst die kluge Einsicht in die wirtschaftlich-sozialen Folgeerscheinungen der Ruhrexpedition in die Augen. Was wir wiederholt dargetan haben, wird hier deutlich gesagt. Kein denkender Mensch behauptet, daß Poincaré die Unruhen im Ruhrrevier und die sozialen Gärungen in ganz Deutschland angezettelt habe oder mit den Kommunisten konspiriere. Aber jene sozialen Erschütterungen sind die natürliche Folge der Ruhrexpedition, sie mußten einfach nach einer solchen tappischen Störung des europäischen Friedens und der wirtschaftlichen Ordnung eintreten. Ihre Ansteckungsgefahr sieht der Artikel der „Times" ganz richtig. Der Bolschewismus in der Welt wartet. Herr Poincaré hat ihn zu neuem Leben erweckt, und wenn diesem blindesten Staatsmanne der Welt nicht die europäische Vernunft in den Arm fällt, dann weiß kein Mensch, was noch werden soll. Man täusche sich darüber nicht. Augenblicklich ist die Streikwelle verebbt, man hat neue Noten gedruckt, den Arbeitern einige Scheine in die Hand gedrückt. Verstreicht der Sommer nutzlos, dann werden die Elendswellen verstärkt wiederkehren, und niemand kann sagen, bis wohin sie ihre Wellenkreise ziehen werden.

Was der „Times"-Artikel zur Reparationsfrage ausführt, deckt sich in vielem mit dem, was man früher schon von Mac Kenna, dem seßigen britischen Schatzkanzler, gehört hat. Hoffentlich versteht man in der Wilhelmstraße nicht nur, den Artikel mit Nutzen zu lesen, sondern auch seine Urheberschaft zu erkunden. Ist diese in englischen Regierungskreisen zu suchen, dann muß man in der Tat mit englischen Interventionsabsichten rechnen.

Die belgische Reparationsdenkschrift

Ueberreichung an alle alliierten Regierungen

Paris, 31. Mai. (W. T. B.)

Nach einer Meldung des „Petit Parisien", die vom „Echo de Paris" bestätigt wird, hat die belgische Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter allen alliierten Regierungen die Denkschrift in der Reparationsfrage überreichen lassen, die sie vorige Woche der französischen Regierung übermittelte, und die in der am 6. Juni in Brüssel stattfindenden Konferenz zwischen Poincaré und den belgischen Ministern erörtert werden soll. Nach dem gleichen Blatt werden auf der Tagesordnung der Konferenz gewisse Fragen bezüglich der Ruhrbesetzung stehen, namentlich die Frage der Mittel, den französisch-belgischen Druck zu verschärfen, um den deutschen Widerstand gegen den Abtransport der Kohlen, den Eingang der Steuern, und die Beschlagnahme der metallurgischen Erzeugnisse zu brechen.

Mehr Klarheit und Objektivität!

London, 31. Mai. (W. T. B.)

Die „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, es sei zu hoffen, daß die britische Regierung, falls die deutsche Note eine angemessene Erörterungsgrundlage biete, ihren Standpunkt weit klarer und entschiedener zum Ausdruck bringen wird, als bei der letzten Gelegenheit, und daß die französische und die belgische Regierung das deutsche Angebot weniger hastig auf seine Vorteile hin prüfen werden. Sogar Poincaré und die Elemente der französischen öffentlichen Meinung, die ihn unterstützten, könnten kaum glücklich sein über die Wendung, die die Ereignisse im Ruhrgebiet genommen hätten. In Belgien könnten jetzt Anzeichen wachsender Besorgnis über die augenblickliche Entwicklung der Ereignisse beobachtet werden. Die Belgier seien ein Industrievolk, obgleich sie Reparationen brauchten, können sie die Gefahr sehen, die entstehe, wenn man Deutschland den Weg zum Chaos hinuntergleiten lasse. Sie schienen außerdem bestrebt zu sein, daß die Einheit der Alliierten wiederhergestellt werde und daß die Unterstützung Frankreichs in der Ruhrfrage sie nicht von Großbritannien entferne. **Deutschland könne für Reparationen nur eine jährliche Summe in Höhe des Ueberschusses der deutschen Ausfuhr über die deutsche Einfuhr zahlen, und jeder Versuch, mehr aus Deutschland herauszupressen, könne nur zu einer fortschreitenden Entwertung der Mark führen.**

Das Projekt Mussolinis

Rom, 31. Mai. (W. T. B.)

Die „Idea Nazionale" fordert die italienische Presse auf, das Mussolini-Projekt erneut zu empfehlen. Zwar sei das Projekt gänzlich unpolitisch, weil es nur wirtschaftliche Gesichtspunkte enthalte, aber es sei allein geeignet, die so stark politische Reparationsfrage zu lösen. **Frankreich drohe mit der Ergreifung schärferer Maßnahmen gegen Deutschland, aber was könne es mehr tun, als Deutsche erschießen!** Belgien schraube erfreulicherweise seine Anforderungen an Deutschland zurück.

Dollar: 69500

Der Pariser Kassationsgerichtshof wird sich wahrscheinlich heute mit dem Urteil von Werden beschäftigen.

Die italienische Kammer hat dem Kabinett Mussolini mit 238 gegen 83 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Gestern sind 14 leitende Persönlichkeiten, Direktoren und Prokuristen der Höchster Farbwerke von den Franzosen ausgewiesen worden.

In der russischen Sowjetrepublik soll die Institution eines Oberhauses geschaffen werden.

Die Rifpiraten haben in neuen Aufstandsgefechten den spanischen Truppen schwere Verluste zugefügt.

Der kaukasische Aufstand gegen die Sowjets nimmt an Ausdehnung zu.

In der Gegend von Mansfeld und Mächeln gingen gestern schwere Wolkenbrüche nieder. Eine Grube ist ersoffen, ein Dorf unter Wasser gesetzt. Die Leute mußten aus den Häusern, die vom Einsturz bedroht sind, herausgeholt werden.

Die Abrüstungspläne Lord Robert Cecils

Von

Dr. Hans Wehberg

Der Eintritt des bekannten Völkerbundpolitikers Lord Robert Cecil in das Ministerium Baldwin lenkt die besondere Aufmerksamkeit auf den gerade in diesen Tagen in seinem genauen Wortlaut veröffentlichten Garantieplan Cecils, der den Widerstand Frankreichs und anderer Mächte gegen eine Abrüstung durch die Schaffung besonderer Garantien vor feindlichen Angriffen zu beseitigen sucht.

In dem aus 25 Artikeln bestehenden Vertragsentwurfe sichern sich die Parteien gegenseitigen Schutz im Falle eines Angriffes zu. Diese gegenseitige Hilfe ist davon abhängig gemacht, daß alle Vertragsstaaten ihre Rüstungen nach einem bestimmten Maßstabe, der in dem Plane Lord Robert Cecils noch nicht angedeutet ist, herabgesetzt haben. Es sollen also der Abrüstungs- und Garantievertrag mit einander verbunden werden. Neben der allgemeinen Garantie gegenüber einem Angriffe sieht das Projekt noch spezielle Garantieverträge vor, zum Schutze solcher Staaten, die infolge ihrer geographischen Lage, infolge des Verhaltens anderer Mächte, oder aus einem sonstigen Grunde besonders bedroht erscheinen.

Im Falle der Verletzung der Bestimmungen über die Rüstungsbeschränkung kann der Völkerbundrat, nachdem er vorher mit sechsmonatlicher Frist gemahnt hat, gegen den betreffenden Staat wirtschaftliche und finanzielle, äußersten Falls militärische Zwangsmaßnahmen ergreifen. Andererseits kann derjenige Vertragsstaat, der durch die übertriebenen Rüstungen eines anderen Staates oder sonstwie bedroht ist, von der Innehaltung der Abrüstungsvorschriften entbunden werden, bis ein spezieller Garantievertrag zu seinem besonderen Schutze abgeschlossen ist.

Falls es zu Feindseligkeiten kommt, hat der Völkerbundrat binnen vier Tagen festzustellen, wer der Angreifer ist, und alle Vertragsparteien müssen dem Angegriffenen sofort zu Hilfe kommen; sie dürfen sich dabei nicht auf Verteidigungsmaßnahmen beschränken, sondern müssen zu Angriffsmaßnahmen übergehen, um den Angreifer zur Unterwerfung zu zwingen. Jeder Staat soll einem vom Völkerbundrat zu bestimmenden Oberkommando mindestens ein Viertel seiner Streitkräfte zur Verfügung stellen. Eine europäische Macht soll jedoch niemals zur Hilfeleistung außerhalb Europas, eine amerikanische Macht niemals zur Hilfeleistung außerhalb Amerikas usw. verpflichtet sein, eine Bestimmung, worin offenbar eine Konzession an amerikanische Auffassungen zu erblicken ist. Diese zuletzt genannte

Poincaré/Millerand

Aus „L'Humanité", Paris

— Halloh! Herr Millerand? ... Wenn ich Ihnen meine Demission einreiche, würden Sie sie annehmen? ... Nein? ... Famos! ... Dann bringe ich sie sofort! ...